

Antrag

der Abgeordneten Nicolette Kressl, Joachim Poß, Ingrid Arndt-Brauer, Sabine Bätzing, Lothar Binding (Heidelberg), Ulla Burchardt, Martin Gerster, Iris Gleicke, Petra Hinz (Essen), Ute Kumpf, Thomas Oppermann, Bernd Scheelen, Dr. Carsten Sieling, Manfred Zöllmer, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

Maßnahmenbündel gegen Spekulationen auf den Finanzmärkten und ungerechtfertigte Banker-Boni

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler haben in Deutschland und weltweit die Banken mit Milliardensummen und noch höheren Bürgschaften gestützt. Dies war für eine funktionierende Kreditversorgung für die Realwirtschaft und zur Sicherung der Kundeneinlagen notwendig – denn die Stabilität des Finanzmarkts ist ein öffentliches Gut.

Die sich verbessernde Lage auf den Finanzmärkten lässt aber offenbar die alten Untugenden wieder modern erscheinen: Die Banken machen hohe Gewinne, die vorrangig im Investmentbanking erzielt werden – und zahlen wieder schwindelerregende Boni.

Dabei sind gerade die dort erzielten Gewinne derzeit vielfach die Folge der Finanzierung der umfangreichen öffentlichen Rettungsaktionen, insbesondere durch den Verkauf zusätzlicher Staatsanleihen. Die weiterhin im Investmentbanking tätigen Institute profitieren damit doppelt. Erst einmal unmittelbar aus der Bankenrettung und der Stabilisierung des gesamten Weltfinanzsystems und jetzt noch einmal mittelbar an der Finanzierung der öffentlichen Stützungsmaßnahmen. Daneben haben vor allem die Notenbanken mit extrem niedrigen Zinsen und teilweise sehr unkonventionellen Maßnahmen das Kreditgeschäft der Banken massiv gestützt.

Als in mehrfacher Hinsicht von den öffentlichen Stützungsmaßnahmen Profitierende müssen die Banken jetzt dazu beitragen, die Lasten der Krisenbekämpfung in den öffentlichen Haushalten zu tragen. Zudem muss sichergestellt werden, dass die Anreizstrukturen für die Banken und diejenigen, die in den Banken tätig sind, nachhaltig so verändert werden, dass eine Wiederholung der Exzesse, die eine der Ursachen der Finanzkrise waren, möglichst ausgeschlossen wird. Dazu sind wirksame Maßnahmen sowohl auf der Ebene des internationalen und nationalen Finanzsystems selbst, auf der Ebene der einzelnen Banken sowie solche in Bezug auf die Vergütungsstrukturen innerhalb der Banken erforderlich.

II. Vorschläge für solche Maßnahmen liegen seit einiger Zeit auf dem Tisch:

- Eine internationale Finanztransaktionssteuer wäre ein wirksames Mittel, um die von der Realwirtschaft völlig losgelösten Spekulationen auf den internationalen Finanzmärkten spürbar einzudämmen und einen Teil der auf den Finanzmärkten erzielten Gewinne zugunsten der öffentlichen Haushalte abzuschöpfen. Im Jahr 2007 war das Volumen der Finanztransaktionen 74 Mal so hoch wie das nominelle Welt-Bruttoinlandsprodukt. Dieser enorme Anstieg ist ausschließlich eine Folge der Expansion der Aktivitäten auf den Derivatmärkten, die mit der Realwirtschaft nur noch begrenzt etwas zu tun haben. Deswegen müssen endlich überzeugende Anstrengungen ergriffen werden, eine Finanztransaktionssteuer einzuführen. Dadurch würde die Spekulation begrenzt und es würden wichtige Einnahmen für Zukunftsaufgaben erzielt.
- Die Bekämpfung von Steueroasen und Steuerhinterziehung muss energisch fortgesetzt werden. Steuerhinterziehung ist kriminell. Während Reiche und Superreiche ihr Geld am Fiskus vorbeilenken, finanzieren die Bezieher normaler Einkommen die öffentlichen Leistungen mit ihren Steuergeldern. Die nationalen Maßnahmen, die mit einem dazu verabschiedeten Gesetz in Deutschland nun möglich sind, müssen konsequent genutzt werden. Es geht um konkretes Handeln – nicht um eine Alibiveranstaltung.
- Die Finanzmarktaufsicht ist international, europäisch und national zu stärken und um Instrumente zur Überprüfung von Geschäftsmodellen sowie um eine systemische Komponente zu ergänzen.
- Durch eine Begrenzung der steuerlichen Absetzbarkeit von Gehältern und Abfindungen auf maximal 50 Prozent der Beträge, die 1 Mio. Euro übersteigen, kann überzogenen Vergütungen entgegengewirkt werden. Durch eine Einschränkung der steuerlichen Absetzbarkeit wird sichergestellt, dass die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nicht in unbegrenzter Höhe an der Finanzierung der Boni beteiligt werden.
- Bankerträge müssen zur Ausweitung des Kreditangebots für die Realwirtschaft genutzt werden und dürfen nicht in die Taschen von Bankern und Bankaktionären fließen. Nach dem Vorschlag von US-Präsident Barack Obama sind jetzt auch in Deutschland konkrete Schritte zur Abschöpfung eines größeren Teils der Bankgewinne und damit zur Begrenzung der Boni unumgänglich. Neben einer unmittelbaren Abgabe auf die Bonuszahlungen der Banken sollte hierzu auch die Einführung einer allgemeinen Bankenabgabe geprüft werden. Ziel ist, die finanzielle Verantwortung für die Folgen der Bankenkrise nicht einseitig auf die Schultern der Bürgerinnen und Bürger abzuschieben, sondern die Verursacher der Krise stärker in die Haftung mit einzubeziehen.

III. Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf,

- sich konsequent für die Einführung einer internationalen Finanztransaktionsbesteuerung einzusetzen. Sollte sich auf internationaler Ebene keine Einigung erzielen lassen, soll eine europäische Finanztransaktionssteuer eingeführt werden. Kann weder eine internationale noch eine europäische Übereinkunft erreicht werden, soll als erster Schritt eine nationale Börsenumsatzbesteuerung nach britischem Vorbild eingeführt werden;
- die zuletzt erste Erfolge zeigenden nationalen und internationalen Maßnahmen gegen Steueroasen und Steuerhinterziehung mit Nachdruck weiterzuführen;

- bei der Umsetzung ihrer Pläne zur Neuordnung der Finanzmarktaufsicht in Deutschland auf alle Maßnahmen zu verzichten, die die Aufsicht institutionell oder personell schwächen könnten. Dazu gehört auch, dass die in der Aufsicht Tätigen nicht durch monatelange Diskussionen über die zukünftigen Strukturen verunsichert werden. Im Gegenteil muss die Aufsicht gestärkt und für eine wirksame Kooperation im Rahmen der internationalen und europäischen Aufsichtsgremien fit gemacht werden;
- unverzüglich Maßnahmen für eine angemessene Beteiligung der Banken an der Finanzierung der öffentlichen Lasten aus der Krisenbekämpfung zu ergreifen und umgehend für eine wirksame Begrenzung der Banker-Boni zu sorgen. Die Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit überhöhter Bonuszahlungen als Betriebsausgaben muss sofort umgesetzt werden.

Berlin, den 26. Januar 2010

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion

